

Volkswirtschaft.

Geldentwertung und verzinsliches Geld.

Von Richard Selberg-Polczal.

Wien, 9. Oktober.

Unter Bezugnahme auf den Artikel vom 5. d. M. „Die Behebung des Banknotenmangels“ bitte ich Sie, mir zu gestatten, meine Meinung zu dem Beitrage des Herrn Dr. Eduard Bálhy zu äußern:

Der Vorschlag des genannten Herrn, den Banknoten-umlauf im Wege eines verzinslichen Geldes zu verringern, ist unbedingt als ein sehr scharfsinniger zu bezeichnen, dem unter gewissen Verhältnissen ohne Einschränkung beizupflichten wäre. Unter den obwaltenden Umständen glaube ich jedoch bezweifeln zu müssen, daß die Verwirklichung dieses Vorschlages tatsächlich die erwarteten günstigen Folgen mit sich brächte. Vielmehr bin ich der Meinung, daß das Resultat im wesentlichen nur eine bedeutend erhöhte Belastung der Staatsfinanzen wäre, ohne daß der Geldentwertung dadurch merklich Einhalt geboten würde. Ich möchte dies klar machen, indem ich auf die Ursachen und die Erscheinungsformen der Geldentwertung eingehe:

Die Ursachen der Geldentwertung sind in zweierlei Momenten zu erblicken: sie wirken sowohl von der Geld- als auch von der Warenseite her. Betrachten wir vor allem die erstere Kategorie:

Die in den Kanälen der Zirkulation befindliche Geldmenge ist in enormem Maße dadurch vermehrt worden, daß der Staat den Aufwand für die Kriegsführung im Wege der Oesterreichisch-Ungarischen Bank mit Papiergeld bezahlt, wobei die ausgegebenen Noten nur ungefähr zur Hälfte durch den Abzug der Kriessanleihen und durch Steuern zum Rückfließen gebracht werden konnten. Die in der Volkswirtschaft auf diese Weise zum vorhandenen Geldvorrat hinzutretende Notenmenge gelangte zuerst hauptsächlich in die Hände der Heereslieferanten und verließ diesen eine ansehnliche, zusätzliche Kaufkraft. Letztere machte sich bald geltend durch eine erhöhte Nachfrage nach Luxusgütern, wodurch deren Preise stiegen. (Käufe der „Kriegsgewinner“ von Schmuck, Antiquitäten, Automobilen, Willen usw.) Damit aber wurde die zusätzliche Kaufkraft auch — allerdings bereits abgeschwächt — auf jene Handels- und Gewerbebezüge übertragen, welche die Luxusbedürfnisse der Kriegsgewinner befriedigten, um von dieser zweiten, bereits breiteren Schichte auf noch weitere Kreise übertragen zu werden, welche ihrerseits wieder an jenen verdienen. Waren es jedoch bei den Heereslieferanten kostbare Luxusgüter, die mit den neu erworbenen Millionen erstanden wurden, so sind es bei den später zum Zuge kommenden, weniger reichen Schichten eher Mittel des Komforts, der Behaglichkeit, eine mäßig verbesserte Lebensführung, zu deren Bestreitung das erhöhte Geldeinkommen herangezogen wurde; denn je geringer das Einkommen, desto größer der Anteil, der hievon auf die Bestreitung der unumgänglichen notwendigen Lebensbedürfnisse entfällt. Unmittelbar auf die gesteigerte Nachfrage folgt aber als deren Konsequenz die Preissteigerung, die sich, von den meist gefragten Gütern ausgehend, auf alle übrigen erstreckt. Jene Bevölkerungsschichten, auf welche die zusätzliche Geldmenge am spätesten entfällt, sind am schlechtesten daran, denn diese gelangt zu ihnen erst, nachdem durch die erhöhte Nachfrage der in dem geschützten Prozeß vorangehenden Käufer die Warenpreise bereits hinaufgetrieben wurden.

Auf welche Schichten entfällt nun im Sinne des Dargelegten die gesamte zusätzliche Geldmenge? In der Hauptsache 1. auf die Kriegsgewinner, 2. auf gewisse Handels- und Gewerbebetreibende, 3. auf die hochbezahlten organisierten Arbeiter, insbesondere der Rüstungsindustrien, 4. auf die Landwirtschaft, die infolge Knappheit an Lebensmitteln für ihre Produkte re. u. Gewinne einheimst (Einwirkung von der Warenseite), schließlich 5. auf die breiten Schichten der Festbesoldeten im Wege der Kriegs- und Feuerungszulagen. Diese letztgenannten Schichten sind aber trotz des gesteigerten Geldeinkommens in ihrer Lebenshaltung wegen der erfolgten Preissteigerung nicht nur nicht günstiger gestellt, sondern weit herabgedrückt.

Das währungspolitische Problem, das zu lösen wäre, ist, jene Kreise, auf welche die zusätzliche Geldmenge entfällt, zur Herausgabe derselben, sei es durch Ankauf von Kriessanleihen, sei es durch Besteuerung, zu bewegen. Da diese beiden bisher angewandten Mittel nicht ausreichen, glaubt Dr. Bálhy die Inhaber der neuen Kaufkraft auf anderem Wege, nämlich durch das verzinsliche Geld dazu bewegen zu können, auf die Ausnutzung der neu verliehenen Kaufkraft zu verzichten und letztere latent, als Ersparnis, liegen zu lassen. Dadurch würde die preissteigernde Nachfrage verringert und der Geldwert stabiler gestaltet. Einen Beweis dafür, daß eine solche Beeinflussung der Bevölkerung in weitgehendem Maße möglich ist, glaubt Herr Dr. Bálhy darin erblicken zu können, daß viele Banknoten thesauriert werden, ja daß Theaurierungen derzeit in einem solchen Maße erfolgen, daß die Oesterreichisch-Ungarische Bank den an sie herantretenden Forderungen nach Bereitstellung von Noten nicht mehr entsprechen kann. Es soll auf diese, von der Leitung der Notenbank herrührende Motivierung später eingegangen werden. Vorläufig wäre die Frage zu untersuchen, von welchen Kreisen anzunehmen ist, daß sie an der angeblichen weitgehenden Theaurierung beteiligt sind. Von diesen wäre dann anzunehmen, daß sie die mit einer Verzinsung von 3-65 Prozent ausgestatteten Noten in um so höherem Maße thesaurieren, d. h. dem Staate ein Darlehen zu diesem billigen Zinsfuß gewähren werden.

Damit der vorhergehenden Auseinandersetzung kommen als Zirkulanten mit höherem Geldeinkommen, welche

letzteres nicht aufzehren, sondern Ersparnisse beiseite legen können, hauptsächlich Kriegsgewinner, Handels- und Gewerbebetreibende, Arbeiter und schließlich die Landwirte in Betracht. Welche von diesen Kategorien wird am ehesten geneigt sein, ihr Einkommen nicht aufzubringen, beziehungsweise nutzulegen, sondern als Banknote, die zu 3-65 Prozent verzinst wird, bei sich zu behalten? Der Kriegsgewinner gewiß nicht. Soweit er sein Einkommen nicht für seine, gewiß nicht sparsame Lebensführung aufbraucht, wird er es teils ohnehin in Kriessanleihen mit 6 1/2 Prozent anlegen, teils für gewinnbringende Geschäfte verwenden, teils wie bisher der Sparkasse und Bank in sicheres Verwahr geben. Der Handels- und Gewerbebetreibende, bei dem jene Eigenschaft, die Combart die „Redenhastigkeit“ nennt, gleichfalls in hohem Maße vorhanden ist, wird ebenfalls seinen Vermögenszuwachs in Anleihen und sonstigen höher verzinslichen Wertpapieren bei Sparkassen anlegen oder zu gewinnbringenden Spekulationen verwenden. Der Arbeiter schließlich ist nur in geringem Maße gewöhnt, Ersparnisse zurückzulegen. Sein Einkommen ist im Kriege auf eine ungewohnte Höhe gestiegen, gleichzeitig aber auch seine Ansprüche an die Art der Lebensführung, auf Genuß und Wohlleben. Dies beweist die erhöhte Nachfrage nach den Volksgenussmitteln, wodurch deren Preise vielfach eine exorbitante Höhe erreichen konnten (Wein). Von der gutbezahlten Arbeitererschaft ist also nur zum kleinen Teil zu erwarten, daß sie Rücklagen macht und außer in Sparkassen auch in Banknoten anlegt, die schlechtbezahlten Arbeiter sind ebenso wie die Fixbesoldeten und kleineren Rentner nicht in der Lage, dies zu tun.

Es verbleibt nur noch die Landbevölkerung, von der weitere Theaurierungen in größerem Maße erwartet werden könnten. Dies soll hier nicht bestritten werden. Jedoch darf nicht übersehen werden, daß die Landbevölkerung vielfach bereits davon abkommt, ihren Besitz mit Vorliebe in Geldzeichen aufzubewahren, da deren Wert für sie weitgehend gesunken ist. Denn der Bauer hat in steigendem Maße die Erfahrung machen müssen, daß er für Geld jene Industrieprodukte, die er benötigt, überhaupt nicht oder nur zu exorbitanten Preisen erhalten kann. Zu dem kommt noch, daß auch der Bauer die Beobachtung gemacht hat, daß der Wert des Geldes rapid sinkt und es für ihn vorteilhaft ist, es in Waren anzulegen. Seine Vorliebe erstreckt sich bekanntlich auf Gegenstände aus Edelmetall. Vielfach wird schon berichtet, daß Bauern ihre Produkte gegen Geld überhaupt nicht mehr ausliefern wollen, sondern diese nur mehr im Tauschwege, soweit nicht Beschlagnahme erfolgt, von ihm zu erlangen sind.

Nach all dem Gesagten kann geschlossen werden, daß von einer Ausgabe verzinslichen Geldes keine wesentliche Verminderung der Zirkulation an Noten zu erwarten ist. In wessen Hände sie auch gelangen, fast jeder trachtet für sie entweder höher verzinsliche Anleihen oder Waren zu erlangen, oder aber sie im Produktionsprozeß, im Handel oder in der Spekulation wieder umzusetzen. Ein Geld, dessen fortschreitende Entwertung notorisch ist, wird, auch wenn es verzinslich gemacht würde, sicher nicht mehr in jenem Maße, d. h. in Milliarden, aufbewahrt werden, so daß eine Erleichterung fühlbar werden könnte.

Uebrigens wären durch die Zinsbarumachung des Geldes die es von der Warenseite her entwertenden Momente nicht aus der Welt geschafft. Denn selbst wenn die zirkulierende Geldmenge konstant geblieben wäre, sie hätte an Wert fortschreitend eingebüßt, da ihr ein so sehr veringertes Güterbestand gegenübersteht. Dies kann ohne in die Fehler der Quantitätstheorie zu verfallen, wohl ohne weiteres als richtig anerkannt werden.

Aber auch jener Umstand, auf den Dr. Bálhy besonders stützt (die Neuerung des Generalsekretärs der Notenbank), kann nicht vorbehaltlos hingenommen werden: daß nämlich Theaurierungen in so großem Maße erfolgen, daß die Notenpresse den an sie gestellten Anforderungen nicht mehr nachkommen kann. Die Hauptursachen des Versagens der Notenpresse scheinen an anderer Stelle zu liegen. Seit Juni dieses Jahres wurden drei Milliarden Kronen, also monatlich eine Milliarde, in den Verkehr gebracht. Nach dem Gesagten ist unwahrscheinlich, daß die Theaurierungen ein Ausmaß angenommen hätten, die bei der obigen Ziffer so sehr ins Gewicht fallen kann. Wäre dies aber der Fall (es könnte durch die Angst vor der bevorstehenden Vermögensabgabe plausibel gemacht werden), so hätte eben durch den plötzlichen Verzicht weiter Kreise, ihre Kaufkraft geltend zu machen, ein Nachlassen in der allgemeinen Preissteigerung fühlbar werden müssen. Hierfür liegt aber kein Anzeichen vor.

Gewiß, es soll nicht abgeleugnet werden, es werden Geldmengen, über die natürlich keine Kontrolle vorliegt, besonders bei der Landwirtschaft, thesauriert. Alle diese Geldaufbewahrer gewähren so dem Staate ein unverzinsliches Darlehen. Ihnen würde nach dem in Rede stehenden Vorschlag nunmehr ein Zinsfuß von 3-65 Prozent vergütet werden müssen. Aber auch für den größten Teil des sonstigen Notenumlaufes, der zur Bewältigung der Umsätze gebraucht wird, also als Kaufkraft prästehend und geldentwertend wirkt, müßte der Staat diesen Zinsfuß bezahlen, was eine jährliche Mehrausgabe von Hunderten von Millionen bedeuten würde.

Zu alledem kämen noch die Schwierigkeiten für den Abrechnungsverkehr, die die verschiedene Wertigkeit der Noten mit sich bringen würde. Da die Geldzeichen entsprechend dem staatlichen Gelderfordernis fortlaufend ausgegeben werden müssen, würde ungefähr folgendermaßen gerechnet werden müssen: 100 (1000) Kronen plus Zinsen vom ... bis ... das ist ... Sellen.

Würde zweierlei Geld geschaffen, wie sich Dr. Bálhy vorstellt, verzinsliches für Theaurierungen, unverzinsliches für den Verkehr, so würden wegen der Annahmepflicht weitere Schwierigkeiten entstehen. Denn jeder Zahlungseinstellende würde trachten, die unverzinslichen Noten loszu-